

HN 2/M.19

NRW stärkt Radfahren per Gesetz

Das Planungspersonal soll aufgestockt, der Ausbau des Radwegenetzes beschleunigt werden. Entschließungsantrag von CDU und FPD steht. Substanzieller Widerstand nicht zu erwarten.

VON THOMAS REISENER

DÜSSELDORF NRW bekommt ein neues Fahrradgesetz. Ziel ist der massenhafte Umstieg von Autofahrern auf das Rad. Dafür soll unter anderem der Ausbau des Radwegenetzes beschleunigt und das Planungspersonal aufgestockt werden.

In nicht öffentlichen Sitzungen haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP einen Entschließungsantrag verabschiedet, der die Landesregierung auffordert, noch in dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Darin heißt es: „Damit zukünftig mehr Menschen das Fahrrad nutzen, wird ein insgesamt besseres Angebot benötigt – insbesondere durch eine bessere Radverkehrsinfrastruktur mit schnellerer Planung, schnellerer Genehmigung und schnellerem Bau (...)“

Der Antrag soll im Dezember ins Plenum eingebracht werden. Damit könnte das Gesetz 2020 in Kraft treten. Mit substanziellem Widerstand von SPD und Grünen ist nicht zu rechnen – allerdings dürfte es bei der Ausgestaltung Diskussionen geben.

Denn konkrete Zielgrößen nennt

der Entschließungsantrag noch nicht. Allerdings stellen CDU und FDP sich darin ausdrücklich hinter die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“, die als richtungsweisend bezeichnet wird. Deren „Forderungskatalog, der in einem Fahrradgesetz Umsetzung finden soll, greift (...) wesentliche Punkte und Fragen auf, die

zu einem erhöhten Anteil des Radverkehrs (...) in Nordrhein-Westfalen führen sollen“, so der Antrag.

Das 2017 in Köln gegründete Bündnis strebt bis 2025 die Erhöhung des Fahrradanteils im NRW-Straßenverkehr von derzeit acht auf 25 Prozent an. Dazu sollen unter anderem 300 Kilometer neue Radwege

pro Jahr entstehen. Bis 2025 soll das Land auch ein 1000 Kilometer langes Netz von Radschnell-

wegen sicherstellen: „Radschnellwege ermöglichen ein schnelles Vorankommen über weite Strecken und führen weitgehend kreuzungsfrei durch das Land. Sie sind vier Meter breit und haben zusätzliche seitliche Gehwege“, heißt es in dem Forderungskatalog des Bündnisses. Weitere Punkte sind eine stärkere Förderung von Lastenfahrrädern, eine Million zusätzliche Fahrrad-Stellplätze, die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen sowie die Aufstockung der Planungskapazitäten in Ministerien und Behörden.

Nach Informationen unserer Redaktion gibt es bei CDU und FDP bislang lediglich Bedenken hinsichtlich der kostenlosen Fahrradmitnahme. Busse und Bahnen seien dafür „noch lange nicht ausgerüstet“, hieß es. Bewegung ist aber bereits in die Aufstockung der Planungs-

kapazitäten gekommen. Eine aktuelle Ergänzungsvorlage für den Landeshaushalt sieht 50 zusätzliche Stellen für den Landes-

betrieb Straßenbau vor, zehn Ingenieure sollen sich exklusiv um den Ausbau des Radnetzes kümmern.

NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) sagte unserer Redaktion: „Ich freue mich über den Antrag der Fraktionen, weil der Radverkehr in einem modernen Mobilitätsmix auch wegen der E-Bikes und Pedelecs eine immer größere Bedeutung hat.“ Der Bund werde bis 2023 rund 900 Millionen Euro zusätzlich für Radwege zur Verfügung stellen. „Jetzt kommt es darauf an, dass es genug baureife Projekte gibt“, sagte der Minister.

RADWEGENETZ

Fast 30.000 Kilometer quer durch NRW

Das Radverkehrsnetz in NRW hat eine Gesamtlänge von fast 30.000 Kilometern. 2018 wurden rund 177 Kilometer neue Radwege gebaut, 2017 waren es gut 156 Kilometer. Die Landesregierung investiert dieses Jahr 47 Millionen Euro in das Netz. Aktuell sind 270 Kilometer Radschnellwege in Planung.

Die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ hatte fast 207.000 Unterschriften gesammelt und damit die Befassung durch das Parlament in Gang gesetzt.

„Jetzt kommt es darauf an, dass es genug baureife Projekte gibt.“

**Hendrik Wüst (CDU),
NRW-Verkehrsminister**

on
ba